

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzungswoche in diesem Jahr wurde noch einmal deutlich, wie Schwarz-Gelb soziale Gerechtigkeit verhindert und Klientelpolitik betreibt.

Am Donnerstag haben wir über die **Einführung eines Mindestlohnes in Hinblick auf die Vollendung der Arbeitnehmerfreizügigkeit** für acht osteuropäische Staaten ab 1. Mai 2011 diskutiert. Union und FDP haben in der Debatte gezeigt, dass sie die Realität in unserem Land nicht kennen. Sie wissen nicht, wie viele Menschen unter schlechten Arbeitsbedingungen zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, und dann oft noch auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen sind. Auch mit dem Mini-Gesetzentwurf zur Leiharbeit von Ursula von der Leyen ignoriert Schwarz-Gelb die Probleme in unserem Land und den Missbrauch in der Leiharbeit. Soziale Gerechtigkeit geht anders!

Wir haben daher einen **Antrag zur Leiharbeit** vorgelegt, der das Grundprinzip: „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!**“ festschreibt. Leiharbeiter müssen den gleichen Lohn wie die Stammbeslegschaft erhalten. Zudem wollen wir die Entleihdauer auf maximal ein Jahr beschränken. Wer länger als ein Jahr im gleichen Betrieb arbeitet, muss fest angestellt werden. Nur so können wir wirksam den Missbrauch der Leiharbeit bekämpfen, der besonders durch den Fall Schlecker öffentlich geworden war.



Berlin-Brief, Ausgabe 87
17. Dezember 2010

Meine Termine

Winterfeier des VfL Neckargartach mit Ehrungen

18.12.2010, 20 h, Heilbronn-Neckargartach, Neckarhalle

SPD-Kreisvorstand Heilbronn-Land

20.12.2010, 19 h, Heilbronn, SPD-Regionalgeschäftsstelle

Besuch der achten und neunten Klassen der Ludwig-Frohnhäuser-Schule

21.12.2010, 10 h, Bad Wimpfen, Ludwig-Frohnhäuser-Schule

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Der **Fall Mappus** in Baden-Württemberg belegt wieder einmal, wie durch schwarz-gelbe **Klientelpolitik** dem Steuerzahler Millionenschäden entstehen. Beim **Rückkauf von 45 Prozent der Aktien des Energieversorgers EnBW** vom französischen Versorger EDF, den CDU-Ministerpräsident Mappus am 6. Dezember bekannt ab, flossen 4,7 Milliarden Euro aus der Landeskasse. Dieser Deal wurde vertraulich angebahnt von einem langjährigen Mappus-Freund, der außerdem im Beirat des CDU-Landesvorstandes sitzt. Im Ergebnis musste das Land 18 Prozent mehr für das Paket zahlen als es an der Börse wert ist. Die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg haben dadurch Mehrkosten von 850 Millionen Euro zu tragen. Das Finanzinstitut des beauftragten CDU-Intimus verdient dabei einen zweistelligen Millionenbetrag. Schwarz-Gelb bleibt seinem Ruf treu, den Staat zur Beute von Interessengruppen zu machen und dabei immer wieder eine handverlesene Truppe von Parteifunktionären, Spendern oder Unterstützern zu bedienen!

Anbei finden Sie meine **Rede**, die ich am Donnerstag im Plenum in der Debatte um Mindestlöhne und Arbeitnehmerfreizügigkeit gehalten habe.

Mit diesem letzten Berlin-Brief vor der Weihnachtspause möchte ich Ihnen **erholsame und besinnliche Weihnachtstage** und einen **guten Start in das neue Jahr** wünschen. Mein Wunsch für 2011 ist eine Politik, die soziale Gerechtigkeit in unserem Land zur obersten Priorität hat und Abstand davon nimmt, Klientelinteressen zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

